

das ein grundlegender Beschluss nicht zustande kam. In Zukunft soll nur bei jeder einzelnen Petition vom Richterhatter erklärt werden, ob sie den beschrieblichen Intentionen bereits durchlaufen habe oder nicht.

Diese vom Reichskanzler vorgelegte und ganz unbestimmt angekündigte Novelle ist aber in der Tat die Ursache der diesjährigen Anschwellung der Zahl der Beamtenpetitionen. Es ist menschlich ganz begreiflich, dass alle Beamtenorganisationen ohne Unterschied auf die Ankündigung einer teilweisen Besoldungsreform einen Wettlauf mit Eingaben begannen, worin sie sich zu beweisen bemühten, dass gerade ihre Kategorie am meisten von allen einer Verbesserung dringend bedürftig sei.

Bedeutungsvolle Reichstagsdebatten.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Heute beginnt der Reichstag die neuen Interpellationsdebatten über Zaber. Die Gerüchte, die noch gestern behaupteten, mit Rücksicht auf Kaisers Geburtstag sollten die Verhandlungen auf das Ende der nächsten Woche verschoben werden, haben sich nicht bewahrheitet. In Wirklichkeit ist auch nicht einzusehen, weshalb die zahlreichen Kaisergeburtstagsfeiern der nächsten Tage eine Verschiebung der Interpellationsdebatten im Reichstag erforderlich machen sollten.

Drohungen, dem zauberhaften Weibe das Rezept für die wirksamsten Pasten abzurufen. — Das die Damen Schmerzen willig ertragen, wenn es galt, die Schönheit zu fördern, beweist ein Experiment, dem sich viele Weibchen am Hofe König Karls I. von England unterzogen.

Und in Deutschland ging es nicht anders zu, verriet der Malander von Sittewald in seinem Venusnarr. So spricht er von einer Jungfrau, die ohne Unterlass sich die Baden mit einer roten, ledernen Kiste anstrich, dies war eine Bürgerstochter. Und obgleich, hohem Geschlecht und Stamme, das Rechte, Kreide und französisches Wachs ab, um ein hübsches Ansehen zu erzielen, das wiederum mit künstlichem Purgungsaufgefrischt wurde.

Die Senatoren wurde indessen festgestellt, dass eine zehnjährige Praxis des Harles gestattet, unter Zustimmung der Mehrheit zu jeder Zeit jeden Antrag auf die Tagesordnung des Reichstages der Verfassung gemacht wurde, sogenannte Dringlichkeitsanträge einzuführen. wurde dieser Besuch von allen Parteien einmütig bekämpft mit der Begründung, dass ebenedies überzeit per majora jeder Antragsberater werden könne. So haben auch diesmal die Senatoren ohne Widerspruch den forschrittlichen Initiativantrag über die reichsgesetzliche Regelung des militärischen Waffengebrauchs als einen Punkt auf die Tagesordnung setzen lassen.

So werden also heute zunächst der Sozialdemokrat Dr. Frank und der Fortschrittler Professor v. Lissprechen, um die Interpellationen ihrer Fraktionen zu begründen. Dann wird der Reichskanzler persönlich und vielleicht auch der Kriegsminister antworten und daran schließt sich dann der Reigen der Fraktionsredner. Als erster unter ihnen wird wieder der Abg. Fehrenbach vom Zentrum auftreten, der auch am 3. Dezember unternommen hinter den Regierungsvortreten, das Wort er hielt. Wie verlautet, will er namens seiner Partei erklären, dass er trotz aller selbsterfolgten Angriffe nichts von den zu übernehmen habe, was er damals erklärt habe.

Politische Tageschau.

Nur 28. Januar.

* **Bundesrat und Jesuitengesetz.** Auf öffentlichem Vernehmen zufolge ist am 14. Januar der Reichstagsbeschluss auf Aufhebung des Jesuitengesetzes dem zuständigen Ausschuss des Bundesrates zugestellt worden. Der Bundesrat wird in der ersten Februarhälfte seinen Beschluss fassen.

* **Weiterbau der deutschen Militärmission.** Dem preussischen Oberleutnant Freiherrn von Sodenstern, Kommandeur des 3. Bataillons des in Urofen stehenden Infanterieregiments Nr. 88, ist die Anfrage zugegangen, ob er auf die Dauer von mehreren Jahren in türkische Dienste treten wolle. Der Offizier hat in zustimmendem Sinne geantwortet.

* **Die unerschütterlichen Millionen.** Im Hinblick auf den Verbeibtrag hat sich herausgestellt, dass unzählige Millionenvermögen bisher zu ihrem größten Teile unbesteuert geblieben waren. Auf diese Weise wurde dem Staatskassel Hunderttausende entzogen. Im Gegensatz zu diesen großen Vermögen sollen die Vermögen der Kreise, die nur etwa 50—100 000 Mark Einkommen ha-

ahrenen Kollege dem Verhöhten die tauwowe waier fort und zog ihm dafür einige dicke Stücke unter die Augen und an der Stelle der Jochbeinknochen. Nun es erliche die Masse natürlich.

Nicht nur in der Welt des Scheins, sondern auch in der des Seins verwendet das männliche Geschlecht zu weissen Schminke. Als die deutschen Kanonen am Sedan und Verdun spielten, sah der unglückliche Kaiser Napoleon III. tank und müde in einem Zimmer der Stadthaus der belagerten Festung. Das aschgraue, netz zuckende Gesicht, die halberlesenen Augen verrieten deutlich, wie sehr der Monarch so perlich lit. Trotz der Vorstellungen seiner Offiziere bestand der Kaiser schließlich darauf, zu den kämpfenden Truppen hinzureiten, um ihnen Mut zuzusprechen. Während die Pferde gestallt wurden, machte Napoleon geschwind Toilette, d. h. er wuschte sich den Wirt um die Mundwinkel herabhängenden Schnurrbart feil und befestigte sich die fahlen Wangen mit einem blühenden Rot. Eine Viertelstunde später umprasselten den frisch ausschauenden Monarchen die Regeln der Preußen und Bayern. Das die Schminke nur mit Wasser und nicht zu oft gebraucht werden darf, lehrt die Erfahrung. Die meisten Pasten bestehen aus mineralischen Substanzen (häufig Metalloxyden), die mehr oder minder giftig sind. Weniger nachteilig scheinen die weissen Schminken zu sein, die der Fabrikant aus den Pflanzenstoffen gewinnt. Metallische Präparate schädigen ausnahmslos, also: fort mit dem beliebten (Cinnober (Säurequecksilber)! Man weiß, wie schnell die orientalischen Frauen ihre Schönheit verlieren; daran ist auch schuld, dass sie in geradezu unverständlicher Weise ihre Haut färbten und färben; schounda heißt die verhängnisvolle Mischung, welche die Türkinnen und Araberinnen nicht entbehren zu können glauben. Vernunftsprüde gegen das übertriebene Schminken ins Feld zu führen, nützt ebenwenig im Morgen- wie im Abendlande, denn die hohe Weiblichkeit läßt sich darin nun einmal nicht beeinflussen, und was die Frau will, das will auch Gott, wie der Franzose sehr richtig sagt.

L. Segebart.

den, hinter den Annahmen der Steuerbehörden zurückbleiben.

* **Der Außenhandel von Deutsch-Ostafrika hat nach vorläufiger Festsetzung trotz der Rautschukkrise im Kalenderjahr 1913 um fast sieben Millionen Mark zugenommen.** Davon entfallen vier Millionen auf die Ausfuhr, obwohl der Wert der Rautschukausfuhr um 1 1/2 Millionen hinter dem Vorjahre zurückgeblieben ist. Der Gesamtanhand betragt rund 88 1/2 Millionen (1908 betrug er 88,8, 1909: 47, 1910: 59,4, 1911: 88,8 und 1912: 81,7 Millionen Mark).

* **Die französischen Kammerwahlen.** Es heißt, dass die Regierung die Absicht hat, die allgemeinen Kammerwahlen möglichst bald, wahrscheinlich schon im Monat April, zu veranstalten. Der Kriegsminister hat bereits verfügt, dass die Reservisten wegen der Kammerwahlen in der Zeit vom 12. April bis zum 22. Mai zu keinen Waffenübungen einberufen werden sollen.

* **Umwälzung in Rußden.** Wie aus Rußden gemeldet wird, hält man dort den Ausbruch einer neuen Revolution für sicher und glaubt sogar, dass die Umwälzung überraschend schnell eintreten könnte. Ausdruch hier vor liegt der Handel in der Wandkurei bruch. Mit dem Auslande werden keine Abschlüsse mehr gemacht und im Innenhande wurde der Kredit auf ein Minimum eingeschränkt.

* **Der Ausstand auf Haiti.** Die Aufständischen haben ein Komitee gebildet, das für die Aufrechterhaltung der Ordnung Sorge tragen soll. Ein amerikanisches Kriegsschiff wird jeden Augenblick erwartet. Der Dohen des diplomatischen Korps, der vom Präsidenten empfangen wurde, erhielt die Versicherung, dass alle Maßnahmen getroffen werden würden, um die öffentliche Sicherheit von Port au Prince aufrechtzuerhalten.

Aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

* Die polnischen Arbeiter hatten bekanntlich größtenteils nichts vom sozialistischen Internationalismus. Weif ihnen die deutschen Genossen noch viel zu deutsch-national und staatsreu sind, haben sie eigene polnische Gewerkschaften organisiert. Und nun stellte sich der Abgeordnete Komidziestern im Reichstag, als Vizepräsident Dr. Paasche die vierte Fortsetzung der Beratung des Etats des Innern veröffentlicht hatte, hin und jammert darüber, dass die Behörden, auch die Justiz, die polnischen Gewerkschaften als politische Vereine behandelten. Ein nicht minder naives Gemüth ist der Elffler Dr. Hagen. Er erblickt in der Ungünstigkeit der Bevölkerung Elend-Lothringens ein Geschäftsobjekt. Ihre Stimmung will er besser werden, wenn man ihr in wirtschaftspolitischer Beziehung besondere Begünstigungen verschafft. Der Präsident der Reichsbank Hagemle in nimmt Veranlassung, die Diszontpolitik der Reichsbank zu verteidigen. Der Ballankieg habe den hohen Diszont notwendig gemacht. Nicht länger als unbedingt nötig solle daran festgehalten werden. Der Abgeordnete Dr. Werner-Giechen klagt über mangelhaftes Interesse der Regierenden an dem Kampfe des Mittelstandes gegen Amuhlonkrenz und Pfluchertum. Es ist ihm schon ein merhörter Unfug, dass das Berliner Waisenhaus, das im Besitz von Juden sei, zur Weihnachtszeit einen großen Weihnachtsbaum in der Aulage ausstelle und dass überhaupt Weihnachtsgeschenke in jüdischen Geschäften gekauft werden, selbst von hohen Personen. Es folgt nun eine große Rede des sozialdemokratischen Rechtsanwalts Dr. Meine für das Koalitionsrecht. Das Gesetz nach Einschränkung des Koalitionsrechts sei nichts weiter als eine Spucke. Es lasse sich ebenso gut ohne neue Gesetze gegen das Koalitionsrecht auskommen, wie ohne das Zuchthausgesetz das keine zeit vernünftigerweise in den Papierkorb geworf worden sei. Die Streikaustrachtungen nahmen zwar zu, aber sie verringerten sich in dem Maße, wie die Organisationen erkaften. Wenn die Regierung dazu etwas beitragen wolle, so solle sie die Volkshildung haben und die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen nicht hindern, sich der proletarischen schulentlassenen Jugend anzuschließen. Aus dem Verteidiger wird mehr und mehr ein Ankläger. Seine wettter bald gegen die Hingezackten, die berufstätigen Streikbrecher los, die von den Behörden in jeder Weise geschützt und begünstigt würden. Als Richter der Justiz Par einahme gegen die Arbeiter in Streikfällen vorbricht, holt er sich eine Zurechtweisung des Vizepräsidenten. Es folgt noch eine kurze Debatte über die Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung am heutigen Freitag, die der Zaberner Angelegenheit hauptsächlich gewidmet ist. Graf Westarp beantragt, die Anträge der Elffler abzugeben; das wird aber gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Sächsischer Landtag.

Erste Kammer.

* Die Gründung einer Landbank aus den Ueberflüssen der Lotteriedarlehnkasse regte in der Donnerstagssitzung der Ersten Kammer Excellenz Dr. Mehnert an. Ähnliche Einrichtungen beständen schon in anderen Bundesstaaten, z. B. in Bayern, und hätten sich namentlich in Krisenzeiten sehr gut bewährt. Staatsminister v. Seydewitz sagte eine wohlwollende Prüfung der Anregung zu. Die nächste Sitzung der Ersten Kammer findet am 5. Februar statt.

Zweite Kammer.

* In der Sitzung der Zweiten Kammer am gestrigen Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, waren am Regierungstische Kultusminister Dr. Bed und Kommissare. Auf der Tagesordnung: Allgemeine Vorberatung des Regierungsentwurfes über ein Parabolbesoldungsgesetz. Staatsminister Dr. Bed begründet die Vorlage; es handelt sich nicht um eine allgemeine Gehaltsaußerhebung der Geistlichen, sondern um Befestigung von Härten und Ungleichheiten. Da der Entwurf schon früher von der Gesetzgebungsdeputation zur Annahme empfohlen worden sei, hofft die Regierung, dass er jetzt Annahme findet. Dr. Wangler (kons.) empfiehlt das Gesetz zur Annahme. Eine starke finanzielle Belastung des Staates sei nicht zu erwarten. Ob die staatliche